

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

70 (24.3.1931)

Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gerippten Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Belegzeilen 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des Zeitungsbestandes, bei geschäftlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt. Erläuterungen und Geschäftsformulare in Karlsruhe, L. B., o. Schrift der Anzeigen-Kassensche 8 Uhr vormittags

Andere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Anstalt / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. Ober-Jahresbetrag 2.20 Mark o. Durch die Post 2.50 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Erscheint 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. B., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Volkstreuend-Verlag: Durlach, Hauptstraße 9, B.-Boden, Taubhausstraße 12, Kolbitz, Kolbitzstraße 7, Offenburg, Republikstraße 5

Nummer 70

Karlsruhe, Dienstag, den 24. März 1931

51. Jahrgang

Deutsch-österreichische Zollunion

Bewegtes diplomatisches Geplänkel

Oesterreichs Sozialdemokratie begrüßt Zollgemeinschaft

Der Parteivorstand der österreichischen Sozialdemokratie hat am Montag über die Frage der Zollgemeinschaft mit Deutschland eine ausführliche Debatte geführt und eine Entschließung gefaßt, in der erklärt wird, daß die österreichische Sozialdemokratie vom Tage des Entstehens der Republik an die Ueberzeugung verfolgt haben, daß Österreich aus sich selbst bestehend, kein lebensfähiges wirtschaftliches Gefüge ist. Die Erfahrungen von 12 Jahren haben diese Ueberzeugung bekräftigt. Die Arbeitslosigkeit, die in der Struktur Österreichs begründet ist, kann nicht anders überwunden werden als durch Eingliederung in die Wirtschaft Deutschlands in ein großes Wirtschaftsgebiet.

Aus diesem Grunde war die österreichische Sozialdemokratie der Vorkämpfer im Kampf um den Anschluß und begrüßt deshalb den Versuch der beiden Regierungen, eine Zollgemeinschaft zu gründen, die sie vorbehaltlos unterstützen wird. Sie verlangt jedoch, daß die Regierungen die weitere Aktion im Einvernehmen mit dem Nationalrat führt.

Die deutsch-österreichische Sozialdemokratie wird unverzüglich in Verbindung mit der Sozialdemokratie Deutschlands treten, damit die beiden deutschen sozialdemokratischen Parteien in dieser Aktion einmütig vorgehen.

Zugleich wird sie die sozialistische Arbeiterinternationale und die sozialistischen Parteien Frankreichs, Großbritanniens und der Tschechoslowakei über ihre Stellung zu dem Plan einer deutsch-französischen Zollgemeinschaft unterrichten. Außerdem beschließt der Parteivorstand einen Aufruf an die Öffentlichkeit, der sich gegen den geplanten Abbau der Sozialversicherung wendet.

Gegenoffensive Frankreichs?

Paris, 23. März (Via Draht). Das deutsch-österreichische Zollbündnis war am Montag Gegenstand einer eingehenden Beratung im Ministerrat. Briand hat seine Kollegen über die Bedeutung des Abkommens unterrichtet, und der Ministerrat hat, wie es in einer amtlichen Mitteilung heißt, die vom Außenminister ergriffenen Initiativen geteilt, die sich auf ein gemeinsames Vorgehen aller interessierten Mächte beziehen, um die Einhaltung der Verträge und Abkommen durch Deutschland und Österreich zu gewährleisten.

Die französische Presse, vor allem die Rechtspresse, hat sich über das Abkommen, das in einigen Blättern ein „internationaler Theatercoup“ genannt wird, noch nicht beruhigt, sondern speit weiter Feuer und Flammen gegen Deutschland und Österreich, zum Teil sogar gegen Briand, dessen „katastrophale Außenpolitik“ für das Vorgehen der beiden Länder verantwortlich gemacht wird. Gegenüber dieser Chompoagne ist es zu begrüßen, daß wenigstens zwei radikale Blätter, die „Republique“ und die „Volonté“, den Mut haben, das Abkommen mit der Begründung zu verteidigen, daß es der Kern eines europäischen Zollbündnisses werden und später politischen Einigung Europas führen könne.

Zurückhaltung in England

London, 23. März (Via Draht). Die Aufnahme des geplanten deutsch-österreichischen Zollabkommens in London ist vorerst äußerst zurückhaltend. Wirtschaftsexperten begrüßen das Abkommen, doch hat man allerorts politische Bedenken. Dabei betonte schreibt Dr. Currius und Dr. Schöberl, daß man jeden Fall ist ein schwerer Schnitzer die selbstverständliche internationale Höflichkeit, außer Acht zu lassen, und durch die plötzliche und absehbare Art des Abkommens Verdacht zu erwecken. Dies dürfte wohl die Auffassung auch des britischen Office sein. Einzelne Blätter, so die liberale News Chronicle, begrüßen den Plan als einen Schritt zur Bewirkung des europäischen Europa-Gebankens.

Außenminister Henderson ist am Montag morgen nach Paris abgereist. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß der deutsch-österreichische Zollplan an der Spitze der Beratungen in Paris stehen wird.

Prag „unangenehm berührt“

Prag, 23. März (Via Draht). Prag ist durch die deutsch-österreichische Zollunion unangenehm berührt. Sie wird als nicht erwartete Ueberbahrung bezeichnet. Die Zollunion, so erklären die Blätter, ist ein Vorwand zum politischen Anschluß. Man spricht von Deutschlands Drang nach dem Osten und seinem Streben nach neuer Hegemonie in Mitteleuropa. Ein Beitritt der Tschechoslowakei zur Zollunion wäre aus politischen Gründen unmöglich. Die Selbstständigkeit des Staates wäre in Zukunft dadurch gefährdet.

Der sozialistische Prager Lidu sagt, falls es überhaupt zur Bewirkung der Zollunion kommen sollte, eine solche auf politischen und handelspolitischen Voraussetzungen aufgebaut sein müßte. Diese Frage wäre für die Tschechoslowakei nur dann aktuell, wenn sich Deutschland mit den Westmächten, insbesondere mit Frankreich einigen würde.

Sämtliche tschechischen Koalitionsparteien richteten am Montag im Senat an Außenminister Beneß wegen der deutsch-österreichischen Zollunion eine Interpellation, in der betont wird, daß durch dieses Abkommen die Interessen der Tschechoslowakei in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht berührt werden. Durch die Zollunion werden ferner sowohl das Genfer Protokoll aus dem Jahre 1922 über die Sanierung Österreichs, sowie auch die aus dem Friedensvertrag von St. Germain resultierenden Verpflichtungen berührt.

Italien zurückhaltend

Rom, 23. März (Via Draht). Der Eindruck des deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommens in der italienischen Presse zeigt Zurückhaltung und ein Urteil wird auf den Zeitpunkt verschoben, in dem der genaue Text des Abkommens vorliegt. Der Grundton der Kommentare ist aber bei aller Zurückhaltung durchaus freundlich. Lavoro fascista sagt in seinem Leitartikel sogar, daß die Notwendigkeit von allgemeinen Regelungen und Sonderabkommen für die Gründung des erweiterten Europas jetzt gegeben sei. Was die Haltung Italiens anlangt, so besteht die Hoffnung, daß von italienischer Seite keine besonderen Schwierigkeiten gemacht werden. Natürlich bleibt die Stellungnahme Italiens gerade wegen der schwebenden italienisch-französischen Verhandlungen schwierig und bis zuletzt unbestimmt.

Freundliche Aufnahme in Amerika

Newport, 27. März (Via Draht). Die deutsch-österreichische Zollunion findet hier eine außerordentlich freundliche Presseaufnahme. Die Weltartikel begrüßen die wirtschaftliche Annäherung beider Länder und halten die Befürchtungen Frankreichs und anderer europäischer Länder für völlig ungerechtfertigt. Das deutsch-österreichische Vorgehen müsse vielmehr laut der Newport Times der übrigen Welt und auch Amerika zum Vorbild dienen. Die amerikanischen Regierungskreise verhalten sich schweigsam.

Merkwürdige Einstellung des Reichslandbundes

Berlin, 23. März. In einem Schreiben an den Reichskanzler nimmt Graf v. Kalkreuth, der Präsident des Reichslandbundes Bezug auf Pressemittelungen über ein österreichisch-deutsches Zollunion-Abkommen. Darin heißt es u. a.: Wir müssen schon jetzt nachdrücklich Warnung dagegen einlegen, daß die deutsche Landwirtschaft mit Vertragsverhandlungen mit weiteren europäischen

Staaten im Sinne des Zollfreien oder Zollbegünstigten Verkehrs, der unsere Autonomie einschränkt, überfallen wird. Er müsse im Namen des Bundes Einspruch dagegen erheben, daß Regionalverträge mit Staaten geschlossen werden, in denen deutsche Minderheiten unter administrativen Maßnahmen zu leiden haben.



Die Extreme berühren sich

Leutnant Scheringer (X), der im vergangenen Jahre wegen seiner nationalsozialistischen Zellenbildung in der Reichswehr zu Festnahme verurteilt wurde, hat jetzt dem Nationalsozialismus abgeschworen und ist zu den Kommunisten übergegangen: immer extrem.

Der Nazileutnant als Kommunist

Trost im Leide

Da hat man Scheringer gerufen und hielt es für das Opportune, benahtliches Licht auf ihn zu gießen. Nun geht der Junge zur Kommune.

Die Industrie ist sehr verärgert. Das liegt doch nicht in ihrem Plane, daß, wo die Hitlerfabrik flattert, dann plötzlich weht die rote Fahne.

Man kann sich auch auf nichts verlassen. So ist ein Abend heututage. Füllt man dem Sitter seine Kräfte, daß sich kein Ball zu Thalman schlagen?

Doch immerhin: das ist noch besser, als schling es sich auf Severings Seite. Der Scheringer bleibt Sozialist. Und dieses ist ein Trost im Leide.

Filmdebatte im Reichstag

Sozialdemokratischer Aufsichtsratssteuerantrag angenommen

Berlin, 23. März (Via Draht). Der Reichstag beschäftigte sich am Montag nachmittags mit der dritten Beratung der von den Sozialdemokraten eingebrachten

Veränderung des Lichtspielgesetzes.

Sie will einen § 2 einführen, der besagt:

„Bildstreifen, gegen deren unbefristete Vorführung Verordnungen erlassen sind, sind zur Vorführung vor bestimmten Veranlassungen oder unter beschränkenden Vorführungsbestimmungen zuzulassen.“

Das Zentrum beantragt, statt einer „Mahnvorschrift“ eine „Kannvorschrift“ einzuführen und alle entwürdigenden, verletzenden staatsgefährdenden Filme und solche Filme, die den Straßensitten zuwiderlaufen, zu verbieten.

Gegen den sozialdemokratischen Gesetzesentwurf sprachen Dr. Schreiber (Ztr.), Schmitt (Christl. Sos.), von Lindener-Wildau (Volkskons.), Frhr. v. Thünning (Lando.) und Frau Dr. Mah (D. Vp.). Alle äußerten die Auffassung, daß durch den sozialdemokratischen Antrag die Filmsensur praktisch aufgehoben würde.

Abg. Dr. Löwenthal (Sos.) führt dagegen aus, zu dem Antrag sei die Sozialdemokratie durch die neue Praxis der Oberfilmprüfstelle veranlaßt worden, die entgegen dem Wortlaut des Lichtspielgesetzes aus politischen und außerhalb des Films liegenden Gründen geurteilt habe. Der jetzige sozialdemokratische Antrag sei wirklich einer Gesetzesvorlage der Reichsregierung entnommen, die allerdings eine Kannvorschrift sei. Die Sozialdemokratie wolle durchaus nicht die Vorführung verbotener Filme, denn sie wolle die Reinheit der Kultur. Auch nach der sozialdemokratischen Anregung habe die Regierung Handhaben genug, beschränkende Bestimmungen durchzuführen.

Reichsinnenminister Dr. Wirth machte den jeltamen Einwand, daß z. B. Verbotfilme für die Fremdenlegation gespielt werden könnten, wenn der sozialdemokratische Antrag durchgehe.

Abg. Solmann (Sos.) rief ihm zu, daß keine größere Personenanzahl in Deutschland auf die Idee gekommen wäre, Verbotfilme für die Fremdenlegation zu betreiben.

Für die sozialdemokratische Anregung sprach noch der staatsparteiliche Abg. Lemmer. Allerdings wünschte auch er eine Kannvorschrift.

Zu dem sozialdemokratischen Antrag zum Lichtspielgesetz beantragte das Zentrum Rückverweisung an den Ausschuss. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Der Zentrumsantrag, die Mahnvorschrift in eine Kannvorschrift umzuwandeln, wurde bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angenommen. Eine Mahnvorschrift würde im Reichsrat zweifellos gefaßt sein. Die Kommunisten stimmten in die Schlussabstimmung gegen die ganze Gesetzesnovelle. Die bürgerlichen Parteien enthielten sich nun der Stimme, so daß allein mit den Stimmen der Sozialdemokratie der Abänderungsantrag zum Lichtspielgesetz angenommen wurde.

Falls der Reichsrat, wie zu hoffen steht, keinen Einspruch erhebt, wird nunmehr die Vorführung von Filmen, die die Oberprüfstelle verboten hat, also der Remarque-Film, in geschlossenen Gesellschaften möglich sein.

Es folgte die am Samstag zurückgestellte

Finanzabstimmung.

Der praktisch unbrauchbare kommunistische Millionärsteuerantrag wurde abgelehnt; ebenso wurde der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Reichsfinanzminister abgelehnt.

Sozialdemokratischer Steuererfolg

Der sozialdemokratische Antrag zur Aufsichtsratssteuer wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, einiger Arbeiterabgeordneten des Zentrums und der Christlich-Sozialen angenommen, ebenso der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung des Notopfers für Einkommen über 20000 M.

Ein kommunistischer Antrag auf Offenlegung der Steuerlisten wurde mit 192 gegen 143 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag.

Hermann Müller der Führer

Von Rudolf Breitscheid

Ein Mann kann sich zum Führer einer Partei emporschwingen kraft des suggestiven Einflusses, den er auf eine leicht entflammende Masse ausübt. Das Pathos seiner Beredsamkeit, der Mut seines Auftretens, das Mitreisende seiner Persönlichkeit vermögen ihn an die Spitze einer Bewegung zu tragen. Wenn sich mit diesen Eigenschaften Kenntnisse, ehrliche Überzeugung und ernstes Wollen verbinden, gehört er an diesen Platz. Ist aber seine Leidenschaft erküht, seine Beredsamkeit Demagogie, sein Feuer nur Fanatismus, so ist er nicht zum Führer berufen. Er wird nicht lange an der Stelle stehen, auf die ihn die Woge einer vorübergehenden Begeisterung gehoben hat. Sein Wirken wird eine Episode bleiben, der kaum die letzte Ehre zuteil wird, daß der Griffel der Geschichtsschreiber sie kritisch verzeichnet.

Hermann Müller war ein Mensch ohne Pathos, ohne äußerlich erkennbare Leidenschaftlichkeit. Er hütete ängstlich das Feuer, das in ihm loderte. Er verschloß sich eher, als daß er sich offenbarte. Er trug sein Empfinden und Fühlen nicht zur Schau. Er war nicht um die Gunst der Menge. Er machte ihren Stimmungen kein Zugeländnis. Aber er war ein Führer, dessen Name leben wird, wenn die Spuren anderer, die der Gunst und des Beifallsjubels kritikloser Anhänger teilhaftig wurden, längst verwischt sind. Er war ein Führer, weil sein Streben bestimmt wurde von einem tief in seinem Innern wurzelnden Glauben an die Sache, zu der er sich bekannte. Weil ihm in eisernem Fleiß erworbene umfassende Kenntnisse einen Ueberblick über die politischen Notwendigkeiten und Möglichkeiten gewährten, und vor allem weil er seinen Weg ging und sein Ziel verfolgte, ohne Rücksicht darauf, ob ihn der eine oder andere der ihm persönlich Nahestehenden vorübergehend mißverstand. Die Sache ging ihm über alles. Persönliches Behagen und Gefallen spielten für ihn keine Rolle. So erwarb er das Vertrauen, das sich allen erschließt, deren ernstes Wollen erkannt ist. Er erwarb es nicht im Sturm, aber um so tiefer sah es Wurzel in den Herzen aller derer, denen es wie ihm nicht um den Schein, sondern um das Wesen der Dinge zu tun ist.

Man hat Hermann Müller oft kühl genannt. Wer ihn näher kannte, weiß, daß er es nicht war, aber da er von der Idee befeuert war, so hatten menschliche Erwägungen in die zweite Reihe zu treten. Das hinderte ihn nicht, mit den Fröhlichen froh zu sein, und mit den Traurigen zu trauern. Nur trug er sein Herz nicht immer auf der Hand, nur sprach er nicht von dem, was sein Innerstes bewegte. Was gelegentlich seine Rührtheit genannt wurde, war in Wirklichkeit seine Sachlichkeit, seine Abneigung gegen alles Spielerei, seine Ablehnung aller Pose.

Was aber für alle diejenigen, die mit ihm zusammenarbeiteten, das Wertvollste war, war seine unbedingte Loyalität. Weder seinen Gesinnungsfreunden, noch den Angehörigen anderer Parteien, zu denen er als Parteiführer und als Reichsminister in Beziehung trat, hat er jemals etwas in Aussicht gestellt, was zu erfüllen er sich nicht zutrauen konnte. Er versprach nichts, was er nicht halten zu können glaubte, doch er hielt was er versprochen hatte.

Als dem Kollegen Müller in der Fraktionsleitung und als einem von denen, die in seiner Reichsanzugszeit die Verbindung mit ihm aufrechtzuerhalten hatten, war mir Gelegenheit genug gegeben, die großen geistigen Gaben und die vortrefflichen menschlichen Eigenschaften des Verstorbenen zu erkennen und würdigen zu lernen. Wir sind selbstverständlich nicht in mir und in allen Fragen einer Meinung gewesen, aber eine Verständigung war stets zu erreichen. Seine Festigkeit war nicht Starrsinn, seine Entschlossenheit nicht Eigenwille. Er erwog und er prüfte. Er war für Gegenargumente empfänglich. Er trug ihnen Rechnung, wenn sie mit den uns gemeinsamen politischen Grundfäden im Einklang standen. Dabei war ihm die Partei niemals Selbstzweck, sondern immer nur Mittel zum Aufbau eines Gemeinwesens der Freiheit und Gerechtigkeit. Agitatorische Augenblinderfolge verachtete er. Der Gedanke an die Zukunft eines von der sozialistischen Arbeiterpartei getragenen Staates war der Kompaß seines Handelns.

Man hat im bürgerlichen Lager Müller den Vorwurf gemacht, er habe bei bestimmten Anlässen nicht mit genügender Entschiedenheit seine Ansicht gegenüber der seiner politischen Freunde vertreten und durchgeleitet. Man denkt dabei namentlich an den Fraktionsbeschluss, der den Rücktritt seines Kabinetts zur Folge hatte. Aber wie falsch und abwegig ist ein solches Urteil! Der Führer soll führen — gewiß. Aber er muß sich hüten, das Instrument, das ihm in seiner Partei zur Verfügung steht, in seinem Bestand zu gefährden, und Müller wußte, daß am allerwichtigsten ein Führer der Sozialdemokratie es wagen kann, eine Kluft zwischen sich und den Massen im Lande aufzureißen. Er kann ihnen sagen, daß sie irren, er kann ermahnen und warnen, er kann seine Überzeugung der ihrigen entgegenstellen, aber um der Partei und der Republik willen wird er stets vor einem Schritt zurückschrecken, durch den das Fundament bedroht wird, auf dem er selber steht und auf dem er aufbauen will. So dachte und so handelte der Mann, der an unserer Spitze stand.

Hermann Müller ist nicht mehr. Wir nehmen Abschied von dem, der uns Freund und Berater und Führer im besten Sinne des Wortes war. Unsere Trauer wird gemildert durch die starke Anteilnahme, die sein Tod auch bei unsern politischen Gegnern erweckt. Und das Leben und die Arbeit gehen weiter, und wir geloben, daß wir diese Arbeit tun wollen im Geiste mit dem Mut und der Entschlossenheit des Dahingegangenen. Für den Sozialismus, für den freien Staat, für die Arbeiterklasse, für die Menschheit!

Beleidigungskundgebungen

Das Reichsbanner übermittelte folgende Beleidigungskundgebung: Die Trauerkunde vom Hinscheiden Hermann Müllers hat auch in den Reihen unseres Bundes, dessen Reichsausschuß er seit dem Gründungsjahre angehört, tiefste Bewegung ausgelöst. Die Erinnerung an den hochwichtigen Staatsmann, dessen ganzes Streben war, Deutschland zur wirklichen Heimat aller Volksgenossen zu gestalten, wird in unserem Bund deutscher Republikaner und Kriegsteilnehmer unermessen bleiben.

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Im Auftrag: Döring.

Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung trübt ihr heraldisches Beleid mit dem schweren Verlust durch das Hinscheiden ihres Führers Hermann Müller aus. Sie hat in Hermann Müller stets

einen starken Förderer gefunden. Sein Andenken werden wir stets in hohen Ehren halten. Zentralverband Deutscher Konsumvereine. Basel, Kassel, Kienzia.

Der Tod des früheren Reichsministers Hermann Müller wird auch in der italienischen Presse ausführlich gewürdigt. Das Organ der sozialistischen Gewerkschaften gibt eine lange und objektive Schilderung der Persönlichkeit des Verstorbenen und schließt mit der Feststellung, daß die deutsche Sozialdemokratie mit Müller einen ihrer wertvollsten Männer verloren hat.

Genosse Karl Kautsky telegraphiert: „Der allzu frühe Tod Hermann Müllers, in dem meine Frau und ich einen lieben Freund betrauern, fällt in eine Zeit schwerster politischer Wirrnisse, in der die deutsche Partei und die Internationale seinen klugen Rat, seinen nie verjagenden Optimismus und seine unermüdete Arbeitkraft hart entbehren werden. Die Richtlinien seiner weitsehenden Politik, die unerschütterliche Befähigung des Nationalismus im Innern und nach außen werden für uns stets maßgebend bleiben.“

In der Nationalliberalen Korrespondenz schreibt der vorkommende Reichstagsabgeordnete Scholz: „Die Trauer um den heimgegangenen früheren Reichsminister Hermann Müller ist nicht nur im Kreise seiner engeren politischen Freunde, sondern im ganzen Reichstag und in allen seinen Parteien groß und ehrlich. Seine unermüdete, aufopfernde Tätigkeit als Führer des Reichskabinetts 1920 und wieder 1928—1930 sichern ihm den Dank des deutschen Volkes. In zwei weltgeschichtlichen Augenblicken, die beide für ihn und seine Persönlichkeit fassend waren, ist er besonders hervorgetreten. Schmerzliche Pflichterfüllung zwang ihn als damaligen Außenminister zur Unterzeichnung des Versailler — er selbst hat oft genug geäußert, daß der Tod dieser Unterzeichnung der Schwärze seines Lebens war. Und in jenen Stunden im Herbst 1929 in Gené, als er sich in flammenden Worten gegen die Unterdrückung und Vergewaltigung Deutschlands durch die ehemaligen Kriegsgegner wandte. In wehmütiger und dankbarer Erinnerung darf ich sagen, daß alle diese Vorkommnisse in mir höchste Bewunderung für diesen klugen, vornehmen und hochachtbaren Menschen hinterlassen haben.“

Niederträchtig schreiben die deutschen Faschisten und Bolschewisten. Die rote Fahne, die sich immer noch als Arbeiterblatt ausgibt, leitet sich diese Heiselei: „Die deutsche Klassenbewusste Arbeiterpartei kann Hermann Müller, der einer ihrer geschworenen politischen Feinde war, auch auf der Totenbahre kein mildes Beizeichen angedeihen lassen.“ Kommentar zu dieser Gemeinheit überflüssig.

Hermann Müllers Verfallener Opfergang

Bandereides Würdigung

Der Führer der belgischen Sozialisten und Vorsitzende des Exekutivkomitees der Arbeiterinternationale, Vandervelde, schreibt zu dem Tode Hermann Müllers im Peuple:

„Hermann Müller hat bis zum Ende jenes schmerzlichen Schicksal gehabt, der Mann der schlechten Stunden, der Trauertage und der schweren Verantwortung zu sein. Ich begehrte ihm wieder nach dem Kriege in Versailles. Es war einem sozialistischen Außenminister des neuen Deutschland vorbehalten, die tragische Verantwortung zu tragen, die Bürde für die Fehler und Verbrechen des kaiserlichen Deutschland zu zahlen und unter dem Befehle des Schwertes die furchtbare Rechnung zu quittieren, die die Sieger ihm vorsetzten. Ich sehe ihn noch heute und werde ihn mein ganzes Leben lang leben in einem schwarzen Anzug, das Gesicht bleich von Leiden und auch von den Entbehrungen der Kriegszeit, seine hohe Gestalt gebeugt unter der erdrückenden Last. Andere hatten sich gedrückt, er aber brach den schmerzlichen Mut auf, den Mut um Schimmer zu verbieten, den verhängnisvollen Vertrag zu unterschreiben, der wenigstens dem allgemeinen Menschenmorden ein Ziel setzte.“

Dieser Austausch von Unterdrückten — welche Erinnerung und welches Symbol der furchtbaren Probleme, die diese schreckliche Katastrophe in unlagbaren Anstößen dem Gewissen der Menschheit vorgelegt hat. Begeht man nun, daß der Tod Hermann Müllers für mich mehr sein muß als der hohle Verlust eines Freundes und Kampfgenossen? Wir haben uns wiedergefunden, wir haben in Frankfurt, Hamburg, Paris wieder Bande geknüpft, die nie wieder reißen konnten. Was auch die Zukunft bringen möge, wir hatten uns alle wieder vereint, um die Internationale aus jeder Auflösung zu widerstehen, unbezweifelbar entschlossen, die proletarische Solidarität für die Sicherung des Weltfriedens durch den demokratischen Sozialismus über alles andere zu setzen. Wir sind in allen wie in letzten Tagen mit ganzem Mut der deutschen Sozialdemokratie gewesen in ihrem schweren Kampf gegen die schlimmste nationale Demagogie. Nun hat ihr das Schicksal einen ihrer Besten, einen unserer Besten genommen.“

„Die ganze Internationale trauert um Hermann Müller.“

Freistaat Baden

Staatspräsident Wittmann 65 Jahre alt

Am heutigen Tage, 24. März, begeht der badische Staatspräsident und Innenminister Josef Wittmann seinen 65. Geburtstag. Ausweislich sind es 40 Jahre her, daß er in den badischen Staatsdienst eintrat. Geboren am 24. März 1866 in Büchen. Studierte Wittmann nach dem Besuche der Volksschule und Bürgerrechte seiner Heimat Jurisprudenz, wurde 1897 Anwalt in Borsdorf, 1900 Amtsrichter in Donaueschingen, 1903 Oberamtsrichter dafelbst und 1908 zum Landgerichtsrat in Offenburg ernannt. Im gleichen Jahre wurde er als Landgerichtsrat nach Freiburg versetzt und im August 1919 als Oberlandesgerichtsrat nach Karlsruhe berufen. Im April 1919 erfolgte seine Ernennung zum Staatsrat, 1920 zum Ministerialrat im Staatsministerium. Am 1. Mai 1923 wurde er mit dem Amt des Präsidenten des Rechnungshofes betraut.

Wittmann ist frühzeitig ins öffentliche und politische Leben eingetreten; 1905 wurde er als Vertreter des Zentrums in den Landtag gewählt, dem er bis zu seiner Ernennung zum Präsidenten des Rechnungshofes im Jahre 1923 angehörte. Am Landtag war er Vorsitzender verschiedener Kommissionen und eifriges Mitglied seiner Fraktion. Von 1921 bis 1923 hat er den Posten des Landtagspräsidenten bekleidet. In Offenburg und Karlsruhe gehörte er auch dem Bürgerausschuß an. Seit der Übernahme des Innenministeriums durch das Zentrum, seit November 1929, ist Wittmann badischer Innenminister und seit November 1930 Staatspräsident.

Es muß anerkannt werden, daß er sich auch als Mitglied der badischen Regierung durchaus bewährt hat. Wittmann ist zuverlässiger Republikaner, was er durch die Aufstellung seiner Amtspflichten als Minister des Innern in den letzten 1 1/2 Jahren stets bewiesen hat. Er besitzt auch heute noch große persönliche Frische und körperliche Rüstigkeit.

Die badische Sozialdemokratie bringt ihm zu seinem 65. Geburtstag ebenfalls die besten Glückwünsche entgegen; sie schätzt seine politischen Erfahrungen, seinen bewährten Fleiß und seine große Gewissenhaftigkeit; in der Koalition Zentrum-Sozialdemokratie hat sie jederzeit loyal mit ihm zusammenarbeiten können.

Der Streit um die Denkmalspflege

Der Bund deutscher Architekten, Landesbezirk Baden, und verschiedene weitere Organisationen haben an die Regierung eine Eingabe gerichtet, die sich gegen die bisherige Gestaltung einer Reihe hervorragender badischer Bau- und Kunstdenkmäler (z. B. Schweiginger Schloß, Willinger Rathaus und Karlsruhe Schloß) wendet.

Ministerialrat Dr. Hirsch, unter dessen Leitung in den letzten Jahren verschiedene Baudenkmäler erneuert worden sind, hat dagegen eine Rechtfertigungsschrift unter dem Titel „Der Fall Leonelli“ (der auf einen Angriff gegen Friedrich Weinbrenner, den berühmten Karlsruher Baumeister, anspielt) veröffentlicht.

Badische Landwirtschaftskammer

Im Plenarsitzungslokal des Landtages trat unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Graf Douglas die 38. Vollversammlung der Bad. Landwirtschaftskammer zusammen. Als Vertreter der Regierung ist Ministerialrat Dr. Jung erschienen.

Nachdem der Rechnungsführung Entlohnung erteilt worden war, erläuterte der geschäftsführende Direktor von Engelberg den Voranschlag für 1931 und 1932, der in Einnahmen und Ausgaben mit 1.324.400 RM. abschließt. Die Umlage hat gegenüber dem Vorjahr eine Senkung von 60 auf 58 W. erfahren. In der Aussprache begrüßte Oberbürgermeister Lehmann-Willingen die Erhöhung der Position zur Förderung der Forstwirtschaft um 5000 auf 47.000 Reichsmark. Er wies auf die katastrophale Lage der Waldwirtschaft hin und sprach die Hoffnung aus, daß die vorgelegenen Maßnahmen baldigt Besserung bringen. Sonst wäre es mit dem deutschen Walde Schluss. Der Redner dankt besonders dem Kammermitglied Duffner, der sich in seiner Eisenbahn als Abwehrender so tatkräftig für den Wald eingesetzt habe.

Der Voranschlag wurde einstimmig genehmigt und der Vorstand ermächtigt, neue Anleihen bis zum Höchstbetrage von 200.000 M. aufzunehmen. Die Plenarversammlung gab ferner ihre Zustimmung zum An- und Verkauf von Grundstücken im Gesamtwerte von 200.000 M.

Präsident Reidel vom Genossenschaftsverband berichtete über den Vertrag mit dem Landesverband der Vereine ehemaliger

Landwirtschaftsschüler in Baden, der eine enge Zusammenarbeit auf dem Gebiete der technischen Förderung der Landwirtschaft bezweckt. Der Redner ging auch auf die schwierigen Verhandlungen mit dem badischen Landwirtschaftsverein ein, die im Interesse der Nationalisierung geführt worden sind. — Güterdirektor Schöneberger von Mundenhof bei Freiburg verteidigte den Standpunkt des Badischen Landwirtschaftsvereins. Dieser habe es an Entgegenkommen nicht fehlen lassen. Was der Genossenschaftsverband für die Aufgabe der Warenvermittlung geboten habe, sei keine angemessene Entschädigung. Der Vertreter des Landwirtschaftlichen Vereins lehnt den Vertrag ab, da er ein Unrecht darstelle. — Präsident Schill (Bauernverein) betonte, daß die Not der Landwirtschaft die Einigung auch der technischen Organisation verlange. — Präsident Reidel trat der Auffassung des Mitgliedes Schönbeger entgegen, daß in der Zentralgenossenschaft Politik getrieben werde. Man arbeite in Eintracht und Frieden zum Segen des badischen Landwirtschafts. (Beifall.)

Dem Vertrag wurde dann mit großer Mehrheit zugestimmt. Ministerialrat Dr. Jung erklärt hierauf, im Auftrag des Staatspräsidenten und Innenministers, daß der eben beschlossene Vertrag so lange nicht genehmigt werde, als die wissenden Landverbände ehemaliger Mitglieder und der badischen Landwirtschaftlichen Verein schwebenden Verhandlungen auf Vereinigung beider Organisationen zum Abschluß gebracht sind.

Präsident Dr. Graf Douglas knüpft daran die Erklärung, daß man nunmehr zu arbeiten müsse, bis sich eine neue Lage ergesse. Am zweiten Tag der Vollversammlung der Bad. Landwirtschaftskammer wurde in einer Entschließung mit der badischen Regierung in der absehenden (1) Beurteilung der Genossenschaftsunterstützung

genommen; sie sieht darin einen bedeutenden Schritt zur Förderung der bäuerlichen Erzeugerproduktion. Die Vollversammlung bittet die badische Staatsregierung sich in diesem Sinne bei der Reichsregierung einsetzen zu wollen. Weiter befähigt sie die Vollversammlung mit der Kontingenterung des Futterrübenbaues, bei dem die badischen Interessen benachteiligt worden wären. Es folgte der Bericht des Präsidenten Werner-Groschopp, über die Genossenschaftsunterstützung; dabei wurde gegen 2 Stimmen der Arbeitnehmer festgestellt, daß die badische Landwirtschaftskammer und die badische Regierung in der absehenden (1) Beurteilung der Genossenschaftsunterstützung übereinstimmen.

Das Referat in der Frage der Umstellung der Industriearbeiter in die Landwirtschaft erhaltete Ministerialrat Dr. Graf-Berthold. Am Eingange seiner Rede beehrte er die Redner mit dem im letzten Jahre durchgeführten Versuch der Ausweitung der auslandischen Landwirtschaftsarbeiter durch deutsche Landwirtschaftsarbeiter, die man aus der Industrie bzw. aus der Stadt in die Landwirtschaftlichen Arbeitsprozess übernahmen hat. Die Erfahrungen, die in dieser Hinsicht gemacht wurden, waren jedoch nicht immer günstig. Die Notwendigkeit einer noch eingehenden Umstellung in die Landwirtschaft zeigte sich als notwendig, die sich als sehr schwierig erwies. Der erste Umstellungsbetrieb wurde in Niederhörn bei Berlin errichtet. Es sei anzuerkennen, daß auch die badische Landwirtschaftskammer diesen Gedanken nunmehr aufgegriffen habe. Er glaube, daß die Bad. Landwirtschaftskammer mit Unterstützung des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland diese Aufgabe durchzuführen in der Lage sein wird. Der Redner sah keine Ausführungen in zwei Zielen zusammen, ein soziales, nämlich die Leute, die durch die Arbeitslosigkeit aus dem Berufsleben herausgezogen worden sind, in den landwirtschaftlichen Arbeitsprozess einzufügen, und zweitens, ein wirtschaftliches Ziel, der heimischen Landwirtschaft weibliche Arbeitskräfte auszuführen. — Bezirksleiter Strobel ging auf die der Bad. Landwirtschaftskammer in dieser erwachten Aufgaben ein. — Der Landtagspräsident Duffner behandelte die Angelegenheit von der sozialen Seite aus.

Es folgte dann noch eine Reihe von Berichterstattungen über die Milchwirtschaft, Leistungsprüfungen u. a. In einer Entschließung wurde die Bad. Staatsregierung ersucht, mit allen Mitteln darauf zu dringen, daß das Reichsmilchgesetz und die dazu gehörigen Ausführungsbestimmungen in aller kürzester Zeit in Kraft treten. In einer letzten Entschließung wurde die badische Regierung gebeten, die Frage des Pflichtschulbesuchs der landwirtschaftlichen Schulen zu prüfen.

Interpellationen bezüglich Arbeitsvermittlung nach Frankreich. Das Zentrum hat im Landtag eine förmliche Anfrage eingebracht, die sich auf die Arbeitsvermittlung nach Frankreich bezieht. Die Regierung soll Auskunft geben, nach welchen Gesichtspunkten und unter welchen Bedingungen die Arbeitsvermittlung nach Frankreich durch das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland in Stuttgart erfolgt. In der gleichen Sache liegt auch eine förmliche Anfrage der Kommission vor. Sie fragen die Regierung, ob sie bereit sei, die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit diese Arbeitsvermittlung nach Frankreich eingeleitet und den nach Deutschland zurückkehrenden Arbeitern die Erwerbslosenunterstützung weitergegeben wird.

Prinz Ruwi - auweih!

Er bekommt mit dem Gummitüppel

Der Vorwärts meldet: Etwas ganz Schreckliches hat sich am Schluss der vergangenen Woche in Deutschland zugetragen: ein leidenschaftlicher Sozialist hat die Bekanntheit des Gummitüppels gemacht. In Königsberg hatten die Nazis zum Höheren Ruhm des großen Goebbels, dem dort wegen seines bekannten Auftretens das Reden verboten worden war, auf dem Rathaus eine unerlaubte Demonstration veranstaltet. Als die Polizei diese auseinandertrieb, belamten auch Goebbels und der „Prinz Ruwi“, der sich im Gefolge des Herrn Goebbels befand, einige Schläge mit dem Gummitüppel ab! Darob heulen und Zähnelappen in der Jugendpresse, Totschlagsanklage im Anus, das ist etwas auch in einer Revolution nicht möglich ist. Daß da ein leidenschaftlicher Sozialist behandelt werden kann wie irgendein „Untermenschen“ von Proletariat! Es bedarf keines Beweises, daß eine Republik, in der der Gummitüppel, nicht nur allerhöchster Herrscher, sondern auch Herrscher über die Herrscher ist, einfach aussartotet werden muß!

Fricks Verbot umgangen

v. Müde spricht in Weimar

Weimar, 23. März. Am Samstag Abend fand die vom thüringischen Innenminister Dr. Frick, der, wie man glaubt vor dem Sturz steht, verbotene Versammlung des Reichsausschusses für Volksaufklärung überaus statt. Kapitanleutnant v. Müde sprach über seine Erfahrungen mit den Nationalsozialisten und wandte sich scharf gegen die Führerschaft Hitler, der kein Führer sei, sondern sich den Kapitalisten verschrieben habe. Weiter sprach er über seine Auseinandersetzungen mit dem nationalsozialistischen Führer Manfred von Richthausen-Dresden und dem Deutschen Distriktsführer, im sozialdemokratischen Ortsgruppenführer, Studienrat Beer, im Schulwort scharf gegen die von Innenminister Dr. Frick vor einiger Zeit ausgesprochenen von nationalsozialistischer Polizei in Thüringen sprach, löste der anwesende Polizeihauptmann die Versammlung auf, ohne daß es zu ernstlichen Zwischenfällen kam.

W. Weimar, 23. März. Der von den Sozialdemokraten angeführte Mißtrauensantrag gegen die nationalsozialistische Regierung, der thüringischen Regierung, Staatsminister Dr. Frick und Staatsrat Marziller ist heute im Thüringer Landtag eingegangen.

Unterdrückungsanzeige gegen Naziwandlerredner

Der Regierungsobersekretär der Landesversicherungsanstalt Meiningen, Rudolf Körner, der weiteren Kreisen als nationalsozialistischer Wandlerredner bekannt geworden ist und in der Sittlichkeitskommission der Landesversicherungsanstalt eine besondere Rolle spielt, hat sich umfangreiche Unterdrückungsanzeigen zuwenden lassen. Seit kurzer Zeit ist Körner seines Dienstes entbunden. Jetzt hat seine vorgesetzte Behörde gegen ihn Strafanzeige wegen Betruges und Unterdrückung angeklagt.

Der von Körner für Invalidenmarken vereinnahmte, aber unterdrückte Betrag beläuft sich nach den vorläufigen Feststellungen auf rund 3000 M. Wahrscheinlich ist der Betrag aber noch höher. Körner ludte sich nach Aufdeckung des Betruges dadurch aus der Märe zu ziehen, daß er um seine entsprechende Entlassung bat. Seine Behörde hat das Gesuch jedoch mit dem Vermerke abgelehnt, daß die eingeleitete Untersuchung zu Ende geführt werden müsse.

Geld stinkt nicht

Die jüdischen Nationalsozialisten führen einen wütenden Kampf gegen die Zigarrenfirma Krenter in Döbeln, die die sogenannten „Indians“ herstellt. Sie toben gegen „das neue jüdische Unternehmen“. Da geschah ihnen folgendes: Die nationalsozialistischen Zeitungserkäufer in Dresden verkauften den Berliner „Angriff“, das Blatt des Herrn Goebbels, und ließe da, darin fand sich über eine ganze Seite „die Judenannonce des Zigarrenjüden“. Was nun? Ein Extrahotote fuhr mit dem kategorischen Befehl an alle Zeitungserkäufer los, daß der „Angriff“ nicht verkauft werden dürfe. So wurde Herr Goebbels von seinen jüdischen Parteifreunden den senilisiert und forziert — aber das Geld des „Zigarrenjüden“ hatte er trotzdem einkassiert. Geld stinkt nicht!

Ablehnung der Gnadengesuche der verurteilten Menschewiken

Moskau, 23. März. (Melbung der Telegrammagentur der Sowjetunion.) Nach Beantragung des Prozesses gegen das Unionsbüro der Menschewiken reichten alle Angeklagten dem Präsidium des 6. Moskauer Prozesses der UdSSR. Gesuche um größtmögliche Milderung des Urteils ein. Das Präsidium des Kongresses überwiegt diese Gesuche dem Präsidium des Zentral-Exekutiv-Komitees der UdSSR., das die Gesuche aber ablehnte.

Beschwerde der deutschen Regierung in Warschau

Die deutsche Regierung hat in Warschau wegen Mißbrauchs des weltlichen Rundfunks zu unschlüssiger Propaganda gegen Deutschland Beschwerde geführt.

Gehaltskürzung in Belgien

Die belgische Kammer hat den Vorschlag der Regierung, die Beamtengehälter um 6 Prozent zu kürzen, mit 96 gegen 77 Stimmen angenommen. Die Senkung der Gehälter tritt vom nächsten Monat ab in Kraft.

Die kritische Finanzlage der Pensionsversicherung

Der Vorstand der Reichsanwartschaft befaßt sich mit der außerordentlich kritischen Finanzlage der Pensionsversicherung. Nach sorgfältiger Prüfung der Sachlage faßte er einen Beschluß, der eine einmalige Maßnahme an die Reichsregierung ist. Sofort Maßnahmen zu ergreifen, um die drohende Zahlungsunfähigkeit der Reichsanwartschaft abzuwenden, da sonst über 350 000 Invaliden, Witwen und Waisen in allerhöchster Notlage geraten.

Zwei schöne Frauen.

Sie war wirklich allerliebste, die Kleine. Und ich hat sie um ein Wiedersehen.
Wie freute ich mich, als ich meine flotte Partnerin am andern Tag — wie verabredet — im Caféhaus finden sah. Sie war am Tage ebenso schön wie abends und ihre Gesichtsbildung zeigte einen schönen Schimmer, dessen hauchschöne Zartheit mich unwiderstehlich anog.
Ich sagte im Laufe des Gesprächs zu meiner Schönen, daß ich mit ein weiteres weibliches Wesen wie sie nicht vorstellen könne. Da lächelte sie linderbar und sah geradeaus an mir vorbei, als läge sie jemand, der an einem anderen Tisch saß, lächelnd an. Ich sagte der Richtung des Blickes und sah eine Dame dort sitzen, die eine auffallende Ähnlichkeit mit meiner Schönen hatte.

Aus aller Welt

Chaplin von Briand empfangen

Paris, 23. März. Charles Chaplin hat heute Außenminister Briand einen Besuch abgestattet, der mittags ihm zu Ehren ein Frühstück gab.

Erst Schmides gestorben

Kammerjäger Ernst Schmides, ein Wiener-Sänger von internationaler Ruf, ist im Alter von 62 Jahren in Wien gestorben. Ernst Schmides, ein schoneur Däne, wirkte seit 1898 an der Wiener Hofoper und wurde auch mehrfach zu den Festspielen nach Bayreuth berufen.

Gefängnisstrafe gegen den Vorsitzenden einer Kirchensteuerkommission

W. Frankfurt a. M., 23. März. Das hiesige Schöffengericht verurteilte heute den politisch rechtsgerichteten früheren Stadtvorordneten Raack wegen Unterschlagung usw. zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren sechs Monaten unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren. Raack hatte in den Jahren 1924—1930 als Vorsitzender der Kirchensteuerkommission der Evangelischen Landeskirche Frankfurt a. M. von den ihm anvertrauten Steuergebern 161 000 M. unterschlagen. Die unterschlagenen Beträge hat Raack selbst seiner Korsettfabrik zugeführt, um sie vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Wieder eine große Unterschlagung in Frankfurt?

D. Frankfurt a. M., 23. März. Einem Gerücht zufolge sollen bei einer Firma im Ostendengebiet von einem Angeheilen Unterschlagungen in Höhe von 100 000 M. begangen worden sein. Eine Anzeige ist bei der Behörde überliefert, die jetzt nicht eingegangen, die Ermittlungen sind aber aufgenommen worden.

Goldraub in Mexiko

In den Gebirgsflüssen der Sierra von Mexiko ist in letzter Zeit Gold im Gesamtwert von einhalb Millionen Mark gefunden worden. Die Nachricht davon hat einen allgemeinen Goldrausch ausgelöst und eine kleine Wästerwanderung hervorgerufen. Bei den unabhängigen Behörden sind bereits 1600 Gesuche eingegangen, den Boden, auf dem jeder einzelne dieser Glücksjäger sein Zell angeschlossen hat, ihm als sein Eigentum anzusprechen. Man nimmt an, daß das neu entdeckte Goldfeld, das ungefähr 160 Kilometer nordöstlich von Mazatlan liegt, bereits dem berühmtesten Banditen Beracal Bernal bekannt gewesen ist, der schon zu Lebzeiten des Präsidenten Diaz von Zeit zu Zeit in den Städten auftauchte und Waren Gold verkaufte, ohne aber die Fundstelle zu verraten. Ein spanisches Goldbergwerk, das schon 300 Jahre alt ist, und mehrere neue Bergwerke liegen 240 Kilometer von der neuen Fundstelle entfernt.

Sechs Todesopfer denaturierten Alkohols

Nach Genus von denaturiertem Alkohol starben in Kanton (Mexiko) sechs Personen. Eine weitere Person schwebt in Lebensgefahr.

Erinnerungstafel an Druderei

Aus Palma auf der Insel Mallorca wird berichtet, daß dort in Anwesenheit des Gemeinderates dieser Tage eine Erinnerungstafel an der Druderei Guap angebracht worden sei. Diese Druderei ist im Jahre 1578 gegründet worden, und ihr Betrieb ist bis auf den heutigen Tag aufrecht erhalten worden.

Aufführung des Raubüberalles in der Danabank

Am 23. Februar d. J. wurde in der Zweigstelle der Danabank in Neudorf an dem hellen Tage ein schwerer Raubüberfall auf den Bankkassenboten, den 53 Jahre alten Otto Schulz, verübt. Schulz hatte von der Reichsbank 10 000 Mark abgeholt und betrat das

Gaus in der Hermannstraße durch einen Nebeneingang. Im Flur wurde er von drei Männern überfallen, mit einer Saage niedergeschlagen und der Taube mit dem Gelde beraubt. Ehe man aus der Bank herbeikommt, waren die Räuber verschwunden. Als verdächtig wurde jetzt der Motorenkünstler Zunker festgenommen. Nach tagelangen Verhandlungen gab er endlich zu, an dem Raubüberfall teilgenommen zu haben.

Hungerstreik von Frau Dr. Jakobowicz-Kienle

Stuttgart, 23. März. (Eig. Draht.) Der Hungerstreik in den die in Stuttgart in Untersuchungshaft befindliche Frau Dr. Jakobowicz-Kienle am Samstag nachmittag eintrat, ist von ihr bis jetzt fortgesetzt worden. Sie hat seit dem Mittagessen am Samstag jede weitere Nahrungsaufnahme abgelehnt. Ueber das Motiv ihres Verhaltens erfahren wir, daß sie damit sowohl gegen die Fortdauer der Untersuchungshaft als solche, als besonders gegen die Stellungnahme des Gerichtsarztes zu protestieren beabsichtigt. Auf keinen Einfluß soll es zurückzuführen sein, daß die Unternehmung jetzt auch auf zahlreiche ambulante Behandlungsfälle aus ihrer Praxis ausgebeht worden ist, die man zunächst nicht als strafbar angesehen und daher aus dem Verfahren ausgeschieden hatte. Das sind die Fälle, in denen Frauen mit einem schon gewonnenen Abort zur Vergiftung kamen, jedoch ihr nichts anderes übrig blieb, als den Vorgang zum Abbruch zu bringen. In der Ausbehnung der Unternehmung auf diese Fälle erblickt sie eine unberechtigte Schikane und ein Mißtrauen gegen die Richtigkeit der von ihr darüber abgegebenen Erklärungen. Zum Protest hiergegen ist sie in den Hungerstreik eingetreten. Die Staatsanwaltschaft hat den Termin für die Entscheidung über die von den Verteidigern beantragte Haftentlassung auf Dienstag oder Mittwoch in Aussicht genommen.

Badische Filmjorgen

Die Neue Badische Landeszeitung meldet: „Fast schamhaft hat das badische Innenministerium in aller Stille einen Antrag auf Zensurstriche im Dreifarbschenoperfilm bei der Berliner Oberfilmprüfstelle gestellt, der, gegen Widerstand dieses Films gerichtet, selbst gewisser Filmarten nicht entbehrt. Denn Baden ist mit diesem Antrag höchst dem thüringischen Innenministerium beigeprungen und wenn die Oberfilmprüfstelle nunmehr beraten wird, so wird sie feststellen müssen, daß die Minister Frick und Wittmann in gemeinsamer Front gegen die verfilmte Dreifarbschenoper freiten, eine seltsame Zuseher- und Einleitungs- und „Frickens“ in Verantwortung der Zensurbehörde vereint — diese Erscheinung entbehrt nicht eines gewissen Reizes.“ Es entbehrt auch nicht eines gewissen Begehrens, daß das Karlsruhe Stadtjugendamt den Antrag auf diesem Antrag der badischen Regierung gegeben hat. Das Karlsruhe Stadtjugendamt in allen Ehren, die dieser vortrefflichen Organisation gehören; es spricht auch durchaus nicht gegen diese Institution, daß sie Antrag an einigen Szenen des Films genommen hat, die anderen, nicht mit der Forderung für die Karlsruhe Stadtjugend belasteten Gemütern nicht so verständig erschienen sind; aber man muß dennoch diese Behörde daran erinnern, daß der Film für jugendliche verboten war und demzufolge die Entrüstung des Jugendamtes der ressortmäßigen Begründung eigentlich entbehrt. Oder ist das Jugendamt der Ansicht, daß auch die Karlsruhe Erwachsenen seiner Fürsorge bedürfen? Dann wäre die Schaffung eines Karlsruhe „Kulturfürsorgeamtes“ zu erwägen und zu empfehlen.“

Wieder Versicherungsmordprozeß

Saffran vor den Geschworenen

Am 23. März begann vor dem Schwurgericht in Bartenstein (Ostpreußen) die Verhandlung gegen den Großkaufmann Frits Saffran aus Kattenburg und gegen sechs Komplizen. Die Anklage lautete auf mehrere verübte Morde, einen vollendeten Mord, Brandstiftung, schwere Urkundenfälschung, Versicherungsbetrug und andere Betrügereien. Saffran, der früher Volksschullehrer, später Besitzer einer Möbelfabrik in Kattenburg war, entkam einer angelegenen bürgerlichen Familie. Durch größere Vermögensverluste war er stark verschuldet. Die Fabrik, die er von seinem Schwager, einem Kaufmann Vlas, übernommen hatte, wurde in der letzten Zeit nur noch mit den geringsten Mitteln des Kundenbetrugs, des Vertrauensbetrugs, der Fälschung von Kaufverträgen, der Beschleissung und der ungerechtfertigten Kreditentnahme ge-

führt, wodurch mehrere Firmen um weit mehr als 100 000 Mark geschädigt wurden. Als nach Aufdeckung verschiedener Betrugsaffären Saffrans Unternehmen zusammensinken drohte, faßte Saffran einen teuflischen Plan, um sich Geld zu verschaffen.

Er verabredete mit seinem Buchhalter Kippid und der Kontoristin Ella Augustin, die Fabrik in Brand zu stecken, einem von ihm ermordeten Manne seine Kleider anzuziehen und die Leiche mit verbrennen zu lassen.

Er selbst wollte in das Ausland flüchten und dort mit der hohen Versicherungssumme, die nach dem Brande ausbezahlt werden sollte, ein „neues Leben zu beginnen“. Saffran und Kippid unternahmen nun in Ausführung der beabsichtigten Tat mehrere Autofahrten durch die Provinz Ostpreußen, um auf unbestimmter Chaussee jemanden zu entdecken, den sie töten und in das Geschäftshaus des Saffran nach Kattenburg bringen konnten. Mehrere solcher Veruche schlugen fehl, weil die in Aussicht genommenen Todesandidaten fliehen konnten, oder aber andere Personen binsusamen und den Mord vereitelten. Wegen dieser verübten Morde wurden damals schon Anzeigen bei der Polizei erstattet, deren Ermittlungen jedoch zu keinem Ergebnis gelangten.

Schließlich erschlugen Saffran und Kippid auf der Chaussee nach Köhen einen arbeitslosen Metzger, rollten die Leiche in einen mitgebrachten Teppich und fuhren sie nach Kattenburg, um sie dort zu verbrennen.

In der Nacht zum 15. September vorigen Jahres legten Saffran und Kippid die Leiche des Metzgers neben Saffrans Schreibtisch, drückten ihr die Saffranschlüssel in die Hand und steckten das Haus in Brand; nur die Grundmauern blieben stehen. Während des Brandes erschien die Geliebte des Saffran, die Kontoristin Ella Augustin, an der Brandstelle und schrie: „Mein armer Chef verbrennt!“, während sie in Wirklichkeit wußte, daß Saffran während dieser Zeit in ihrer Wohnung war und in ihrem Bett lag. Am nächsten Morgen entkam Saffran in einem Auto. Wie weit ihm der Zimmermann Augustin, der Bruder der Kontoristin und Saffrans Verwalter, der Polizeikommissar Kieff, gegen den ein Disziplinarverfahren schwebt, bei der Flucht behilflich gewesen sind, bedarf noch der Aufklärung. Wie Nachforschungen nach Saffran blieben zunächst erfolglos, bis er schließlich in einem Zug nach Hamburg von einem früheren Freunde erkannt und verhaftet wurde.



Kaufmann Saffran-Kattenburg

Nun wurde mir erklärt, daß dies — die Mutter meiner Dame sei. Ich konnte es kaum glauben. Ich wurde vorgeschickt und war höchst erstaunt.

Nach einer Woche sagte mir meine Auserwählte, daß ihre Mutter ein Mittel anwende, auf dessen Wirkung sie schwöre. Es sei ein Mittel anwende. Die Wirkung sei überraschend gut. Balden, welche Haut verschwinden, graue Haut werde dünn und durchsichtig. Auch schwache, leberne Haut werde wunderbarlich weich und jugendlich frisch, selbst wenn die sogenannten Blütejahre längst vorüber sind.

Aber Schoki, dann kannst Du doch diese famose Marzlan-Creme schon jetzt anwenden, damit Du immer so jugendlich schön bleibst, wie Du jetzt bist!

Sie sah mich mit überlegenem Lächeln an. Da wußte ich, daß auch ich Marzlan-Creme nimm. Eine solche Dame will ich gern als Frau mein Eigen nennen. Sie legt Wert darauf, sich ihrem Manne jung zu erhalten. Das ist klug!

Ich selbst habe auch schon Marzlan-Creme angewandt. Seltsam, verheißt sich. Und wirklich, meine scharfen Züge um den Mund sind merklich verschwunden und die Stirnfalten sind auch beinahe fort. Und meine Haut ist so frisch und schön geworden, daß es meinen Bekannten auffällt.

Wer auf sein gutes Aussehen etwas gibt, lasse sich kostenlos und portofrei eine Probe der köstlichen Marzlan-Creme kommen; dazu auch das Büchlein über kluge Schönheitspflege. Beides völlig kostenlos und portofrei. Ueber 21 000 alänende Dankschreiben, (notariell beglaubigt), beweisen den Wert! Schneiden Sie nachstehenden Gratisbesuchschein aus und legen Sie ihn in ein offenes Kuvert. Dann kostet es durch ganz Deutschland nur 4 Pf. Porto. Hinten auf das Kuvert kommt dann Ihre genaue Adresse. 924

Gratisbesuchschein: An den Marzlan-Vertrieb, Berlin 284, Friedrichstraße 24. Erbitte kostenlos und portofrei die Probe Marzlan-Creme und das Schönheitsbüchlein mit Abbildungen.

Gewerkschaftliches

Die Arbeiterorganisationen zum Tode Hermann Müllers

Beim Parteivorstand gingen folgende Beileidsfundgebühren ein:

Werte Genossen! Zum Tode Ihres Vorjüngsten Hermann Müller sprechen wir Ihnen im Namen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes unsere aufrichtige Teilnahme aus. Ein großer Helfer in schwerer Notzeit ist mit diesem hervorragenden Führer der Arbeiterbewegung dahingegangen. Daß der unerlöste Tod ihn so früh im besten Mannesalter hat dahingerafft hat, herab auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung um die berechtigten Hoffnungen, die wir alle auf sein kluges und überlegtes Wirktun legen durften. Mit der gesamten Mitgliedschaft der Sozialdemokratischen Partei fühlen auch die Millionen Gewerkschaftler den harten Verlust, den die deutsche Arbeiterbewegung heute erlitten hat. Mit der Trauer der Partei um ihren toten Führer vereinigt sich die Trauer der deutschen Gewerkschaften. Umhergemeinamer Kampf um die Wahrung der Interessen der Arbeiterkassen aber soll und darf keine Unterbrechung erfahren. Mit gewerkschaftlichem Gruß.

Der Bundesvorstand: Leipzig.

Werte Genossen! Auf das innigste verbunden mit den Millionen werktätiger Genossen, die heute das frühestmögliche Ableben Ihres Führers und ersten Vertrauensmannes Hermann Müller tief beklagen, versichern wir Euch für Hunderttausende von gewerkschaftlich denkenden Ansehligen der aufrichtigsten Anteilnahme und des herzlichsten Beileids zu dem schweren Verlust, den die deutsche und die internationale Arbeiterbewegung erlitten haben.

Hermann Müller, der selbst einmal Handlungsgehilfe war, hat auch in seinem späteren großen Wirken für alle Arbeitenden die Erfordernisse der einzelnen Gruppen verstanden. So danken ihm auch die Ansehligen die Förderung ihrer sozialpolitischen Ziele, denn er hat an erster Stelle besonders in der Nachkriegszeit die politischen Grundlagen mit schaffen helfen, die Voraussetzung für jede Sozialpolitik waren und bleiben.

Hermann Müllers Andenken lebt bei uns fort in dem Willen und Sehnen nach höherem Menschentum.

Der A.M. Bundesvorstand: Ges. L. Aufhäuser.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Ausperrung bei der Firma Haub u. Neu

Die Direktion hat heute früh ihre Befehle ausgeführt, nachdem sie sich geweigert hatte, Klänge von 1-34 Ma. pro Stunde machen zu lassen. Die Firma verläßt nun Arbeiter, und Arbeiterinnen, die früher bei ihr beschäftigt waren, durch Briefe und Auforderungen zur Arbeitsaufnahme zu veranlassen. Wir machen darauf aufmerksam, daß jeder, der bei der Firma Haub u. Neu die Arbeit aufnimmt, als Streikbrecher zu bezeichnen ist. Metallarbeiter, Holzarbeiter, Bakkerer und Arbeiterinnen! Weidet die Firma Haub u. Neu. Weidet nicht zum Verräter an Euren Klassenossen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Deutscher Holzarbeiter-Verband
Bewachungen Karlsruhe

Neuer Schiedspruch in der badischen Textilindustrie

Freiburg, 23. März. Nachdem der erste Schiedspruch in der badischen Textilindustrie wegen formaler Mängel nicht für verbindlich erklärt worden war, fanden heute neue Verhandlungen vor dem Landesrichter für Süddeutschland statt. Diese endeten mit dem Erlass eines neuen Schiedspruchs, in dem die formalen Mängel beseitigt sind, der aber in materieller Hinsicht im großen und ganzen den früheren Schiedspruch aufrecht erhält. Lediglich Beginn und Ende des Schiedspruchs sind um einen Monat hinausgeschoben worden. Ebenso sind bei der Abfahrlöhrenschnung Verbesserungen eingetreten. Dagegen verbleibt es beim Abbau der sogenannten Hilfszulage. Die Erklärungsfrist der Parteien läuft bis zum nächsten Freitag.

Reichsbahn beantragt Verbindlichkeits-erklärung des Schiedspruchs

Berlin, 23. März. Wie wir aus Kreisen der Reichsbahnverwaltung erfahren, wird die Reichsbahn die Verbindlichkeitsklärung des am 19. des Mts. gefällten Schiedspruchs, dessen Erklärungsfrist heute mittag abläuft, beantragen.

Den Schiedsrichtern zum Ersatz — wer möchte ihn nicht besitzen — diesen Schiedsrichter und seine Rubrikverwendung bringt die unterer beiliegende Nummer beiliegende Beilage der Sozialen Letzt-Einnahme von Reich, München, Frauenplatz 7.

Kleine bad. Chronik

Ein Kind ertrunken

Florsheim, 23. März. Am Samstag nachmittag spielte im Stadteil Brödingen ein 4 1/2 Jahre altes Kind hinter dem städtischen Strahnenbühnen. Dabei war es so unvorsichtig, daß es in den dort fließenden Mühlgraben fiel. Da sofortige Hilfe nicht zur Stelle war, ertrank das Kind. Einige hundert Meter unterhalb der Unfallstelle konnte es geborgen werden. Sofort angeforderte Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

i. Sulzfeld. In raschem Tempo suchten am Sonntag ein mit zwei Personen besetztes Motorrad die gegen Rützbach führende Kurve zu nehmen. Infolge der schlüpfrigen Straße kam aber das Motorrad ins Rutschen und beide Fahrer stürzten ab. Glücklicherweise trugen sie nur Hautschürfnisse davon. — Am Freitagabend fand im Saal des Badischen Hof eine Abendunterhaltung des Konsumvereins des Lübecker Konsumvereins, dessen Anwachsen aus kleinen Anfängen bis zu seiner heutigen überragenden Größe hinreichend außerordentlich eindrucksvoll geschildert wurde. In der Ansprache wies ein Herr aus Breiten darauf hin, daß die Unterfertigung der Genossenschaft im Interesse jedes einzelnen Mitgliedes liegt und gerade am diesigen Orte der Konsumverein noch eine bessere Unterstützung erwarten dürfe.

* Weinheim. Wie die Neue Bad. Landeszeitung meldet, ist der Kassier des Realerverbandes Weinheim, ein Kaufmann aus einem Nachbarort, unter Zurücklassung der leeren Vereinskasse flüchtig gegangen. Aus Weinheim schickte er eine Karte, in der er mitteilte, er wolle sich etwas antun. Der Schaber von mehreren hundert Mark soll durch Angehörige gebett werden.

* Mannheim. Beim Abhängen der Wäsche stürzte die 14 Jahre alte Schülerin Helene Schuster von dem im dritten Stock gelegenen Balkon auf den zementierten Boden. Sie erlitt einen Schädelbruch, der ihren alsbaldigen Tod zur Folge hatte.

* Schaffhausen. Der in den 50er Jahren lebende Zimmerer Job. Kraus stürzte beim Aufrichten eines Gebäudes vom First ab und erlitt schwere innere Verletzungen. Er mußte in die chirurgische Klinik nach Freiburg verbracht werden.

* Rastatt. Beim Holzschneiden im Sisenbüchel Wald stürzte der ledige Holzschneider Karl Jäger jun. so unglücklich, daß er eine schwere Kopfverletzung erlitt.

i. Hoffenheim. Ein Brand und seine Ausflüßung. Durch einen Brand wurde hier das Oekonomiengebäude des Landwirts Jakob Straub eingeeäschert. Die Feuerwehr war sofort zur Stelle, und bekämpfte den Brand mit Erfolg und Umsicht, so daß ein Ueberreifen verhindert werden konnte. Der entstandene Gesamtschaden wird gegen 10 000 M. geschätzt. Die Brandursache erahnt eine über das Festhalten der Straub. Der Bruder des Besizers, der in Heidelberg wohnhafte Bäckermeister Karl Straub, hatte sich mit einem Auto nach Hoffenheim fahren lassen, dort den Brand angelegt und ist sofort wieder nach Heidelberg zurückgekehrt. Der Autohelfer, der den Ausbruch des Brandes bemerkte und Straub auch in der Scheuer verhaftete, sah, sagte aber Verdacht und erstattete in Heidelberg Anzeige. Bei dem folgenden Verhöre stand nun Straub, im Einverständnis mit seinem Bruder den Brand angelegt zu haben.

* Freiburg. Bei der Verortung Herden hat sich in der Nacht zum 23. März der Maler Heinrich Goldstein aus Freiburg vom Schnellzug überfahren lassen. Die Ursache der Selbsttötung des etwa 40jährigen, ledigen Mannes scheint Ehemut gewesen zu sein. Goldstein war Parteigenosse; ideal veranlagt, war ihm keine Arbeit für die sozialdemokratische Partei zu viel.

Sport

Nürnberg-Ost Süddeutscher Meister

Nürnberg-Ost — Redargaria (Württemberg) 8:2 (2:1)

Der nordbayerische Kreis- und Bundesmeister hat das entscheidende Spiel der süddeutschen Meisterkämpfe höher gewonnen, als erwartet wurde. Trotz des hohen Torergebnisses war das Spiel durchaus keine einseitige Angelegenheit. Im Feldspiel waren sich beide Mannschaften gleichwertig, dagegen erwies sich der Nürnberger Sturm besonders in der 2. Halbzeit vor dem württembergischen Tor als außerordentlich schußgewaltig. Das Spiel wurde zum Ansehen des verstorbenen Reichstagsabgeordneten a. D. Hermann Müller, der bis zu seinem Tode sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter des Wahlkreises Franken war, auf eine Minute feierlich unterbrochen.

Nürnberg hat zwar noch ein Spiel gegen den Hessischen Meister Ulmerach auszuspielen, aber dessen Ergebnis kann Nürnbergs Stellung nicht beeinflussen, da alle anderen süddeutschen Bewerber schon mehr Verlustpunkte haben, als Nürnberg durch eine Niederlage. — Die nicht zu erwarten ist — bekommen könnte.

Partei-Nachrichten

Oberbadische Sozialdemokratie billigt die Haltung der Reichstagsfraktion

Auf einer Konferenz der oberbadischen Sozialdemokratie in Freiburg wurde mit überwiegender Mehrheit gegen sechs Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß die Fernhaltung des Faschismus von der Befreiung der politischen Macht in Deutschland entscheidender ist, wie die Zustimmung zum Wehretat, enthaltend den Panzerkreuzer B. Die Haltung der Reichstagsfraktion wird daher gebilligt.

Letzte Nachrichten

Frankreichs Vorstoß gegen Jollundion

Paris, 24. März. (Zurückdienst.) Aus den im Matin veröffentlichten Mitteilungen Sauerweins, der seine Informationen gewöhnlich vom Quai d'Orsay zu beziehen pflegt, kann man sich jetzt ein Bild von der Auffassung der Regierung machen. Danach wird der deutsch-österreichische Plan als eine Ungeschicklichkeit der deutschen Diplomatie aufgeföhrt. Die deutschen Diplomaten hätten Briand zeigen wollen, daß sie auch eine Europaunion und zwar mit Deutschland und Oesterreich als Kern zustande bringen könnten. Sie hätten damit die kleine Entente gelockt, indem sie die Tschechoslowakei von Südbanien und Rumänien getrennt haben. Unter diesem bedauerlichen Manöver der deutschen Diplomatie werde vielleicht Oesterreich an erster Stelle leiden. Sauerwein glaubt daher, daß die Außenminister der Großmächte in der deutsch-österreichischen Kombination alles ablehnen werden, was der Auffassung von einer europäischen Union zuwiderläuft. Gegen alle diese Kundgebungen wendet sich der Sozialist Leon Blum im Populaire. Der sozialistische Führer erklärt, es sei nicht bewiesen, daß sich das Abkommen gegen die Verträge richte, es sei klar, daß Oesterreich sich aus verschiedenen Gründen nach Deutschland hingezogen fühle.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Voraussetzliche Witterung für Mittwoch, den 25. März: Zeitweilige wolfig, in Niederlagen stellenweise Frühlnebel, nordöstliche Winde und etwas kühl.

Wasserstand des Rheins

Basel 158, neil. 4; Waldsbut 334, neil. 4; Schutterinsel 225, neil. 6; Reil 363, neil. 18; Maxau 554, neil. 21; Mannheim 502, neil. 55 Zentimeter.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerigungssellen. 21. März: Veronika Werner, 70 Jahre alt, Witwe, geb. Kaffetter (Mühlburg). Anna Kothel, 70 Jahre alt, Ehefrau von Leopold Kothel, Handelsmann (Mühlburg). Ferdinand Müller, 66 Jahre alt, ledig, Bankprokurist, Adolfstraße, 31 Jahre alt, ledig, Fern-Sekretär, Beerigung am 24. März, 14 Uhr. — 22. März: Paul Jensen, 81 Jahre alt, Ehemann, Direktionsrat a. D. Feuerbestattung am 25. März, 12 Uhr. Karolina Hoffsch, 88 Jahre alt, Witwe, geb. Werner, Beerigung am 25. März, 13.30 Uhr. Ludwig Werner, 24 Jahre alt, ledig, Landwirt (Sodagrim), 116, 7 Jahre alt, Vater Emil Siebach, Kaufmann, Beerigung am 25. März, 14.30 Uhr.

Dereinsanzeiger

Naturfreunde. Am 18. und 19. April tagt in Mannheim die Gauversammlung. Gleichzeitig 20-Jahrefeier der Ortsgruppe Mannheim. Unsere Mitglieder, die sich hieran beteiligen, wollen sich wegen Quartier bis kommenden Freitag in die aufstehende Liste einschreiben.

Sängerbund Vorwärts. Heute abend Punkt 8 Uhr Zusammenkunft der Sänger (Rüppurrer und Rantelstraße-Ecke). Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. 2506

Chefredakteur: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Polit. Preussat Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, letzte Nachrichten: E. Gräbner, Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, Kleine badische Chronik, Aus Mittelbaden, Durach, Grenzsetzung, Reunion, Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendblatt, Seimat und Wandern, Kunststoffe, Josef Effeke. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Kräger. Sämtliche Wohnstätten in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft, Volksfreund GmbH, Karlsruhe.

Handelsregister-Einträge

1. Hartung & Bühlinger, Karlsruhe. Offene Handelsgesellschaft mit Beginn am 16. März 1931. Persönlich haftende Gesellschafter: Karl Hartung, Kaufmann, Karlsruhe, Anton Bühlinger, Kaufmann, Karlsruhe, (Hauptzeuge u. Realteilhaber) Großhandlung, Rüppurrer Straße 20, 16. III. 31.
2. Wils, Woff jr., Karlsruhe. Die Prokura des Karl Woff jr. erlöschen. Otto Woff best. nunmehr Einzelprokura. 17. III. 31.
3. Albert Blau, Graben. Einseinkaufmann: Albert Blau, Kaufmann, Graben. (Baumaterialienhandlung).
4. Wilhelm Michelberger, Karlsruhe. Einseinkaufmann: Paul Wilhelm Michelberger, Kaufmann, Karlsruhe, (Kolonialwaren-Großhandel, Rasierstraße 108.) 19. III. 31.
5. G. Trautmann & Co., Karlsruhe. Einseinkaufmann: Johannes Arbogast, Privat, Baden-Dos. Der Uebergang der im Betriebe des Geschäfts bisher begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei der Uebernahme des Geschäfts durch Johannes Arbogast ausgesprochen.
6. Ferd. Haag Nachf., Karlsruhe. Die Firma ist geändert in: Ferd. Haag, Einseinkaufmann: Ferdinand Haag, Fabrikant, Karlsruhe. Der Uebergang der im Betriebe des Geschäfts bisher begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei der Uebernahme des Geschäfts durch Ferdinand Haag ausgesprochen.
7. Gust. Reinsinger Nachf. J. Eitelmann, Karlsruhe. Die Prokura des Alfred Kenneberg ist erloschen.
8. Weite & Co., Karlsruhe. Die sämtlichen Prokuren sowie die Firma sind erloschen. 687
9. Rudolf Karb, Karlsruhe. Einseinkaufmann: Rudolf Karb, Photograf, Karlsruhe, (Photobildhandlung, Rasierstraße 23), 21. III. 31. Amtsgericht Karlsruhe.

Güterrechtsregister-Einträge

1. Zu Band II Seite 67: Fräß Karl, Metzger und Wirt, Karlsruhe und Karoline geb. Kohnert, Vertrag vom 18. Dezember 1930. Gütertrennung. 17. III. 31.
2. Seite 68: Stöder Rudolf, Mebaer, Gasemlein und Ehe geb. Schäfer, Vertrag vom 10. März 1931. Grundschuldsgemeinschaft mit Vorbehalt der Frau vom 20. III. 31. Amtsgericht Karlsruhe. 689

Ueber das Vermögen der Firma Centralbeizungsanstalt G. m. b. H. in Karlsruhe, Kriegsstr. Nr. 11 wurde heute mittag 12 Uhr nach Ablehnung der Eröffnung des Vergleichsverfahrens das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter ist Bürgermeister Job. Witt, Karlsruhe. Das Konkursverfahren ist am 20. April 1931 beim Gericht anzuwenden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses und zur Entschließung über die in § 192 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am: Freitag, den 17. April 1931, vormittags 11 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am: Donnerstag, den 30. April 1931, vormittags 11 Uhr vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Stademeierstr. Nr. 8, I. Stock, Zimmer 43. Der Gegenstand der Konkursmasse besteht aus der Masse etwas schuldig, darf nichts mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Besten der Sache und ein Anpruch auf abgeforderte Verbindungen daraus ist dem Konkursverwalter bis 17. April 1931 anzugeben. Karlsruhe, den 21. März 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 7. 690

Kleingartenbesitzer

taulen Wohnstätten, Anlagen, Baumaterialien, Baumaterialien und sonstige Einrichtungsgegenstände, wie Balken, Rahmen, Bretter etc. billig bei

F. o. h. a. b. l. n. g. Dav. Schmidt außerhalb Bahnhofsunterführung

Elka' Motorräder
500 ccm, kompl. mit Licht und Horn, Zählometer, Kraft 1000
E. Razel, Garagen, Rasierstr. 63

EIN OFFENES WORT AN ALLE
LUISE OTTO

VORBEUGEN NICHT ABTREIBEN
EIN RATGEBER FÜR EINELUTIG UND SOLICHE, DIE ES WEIDEN WOLLEN

130. bis 145. Tausend. Erweitert und mit Zeichnungen versehen. Preis 80 Pfennig.

Volksfreund-Buchhandlung
Rasierstraße 28 + Fernruf 7020/21

Schlafzimmer
echt mahagoni, hochglanz poliert, sehr gute Qualität, ganz moderner Form, bestehend aus: 1 Schrank, 180 cm breit, 4 Stühle, 2 für Kleider, mit Innenspiegel, Türen innen mahagoni poliert, Außenüren quer turniert mit moderner Einleerarbeit, 2 Bettstellen, genau dazu pass., 2 Nachtschische mit Glasplatten, 1 Friseurstlette, 2 Stühle mit schönem Bezug für 648 M. zu verkaufen. Es handelt sich um ein Zimmer, das wir aus einer guten alldoerischen Schreinerlei ganz billig erworben haben. Wir nehmen Ihr altes Zimmer in Zahlung. 2498

Carl Baum & Co.
Möbelhaus
Rasierstraße 30
Hels Loden.
aber 100 Zimmer und Küchen vorrät.

Unser großer Erfolg

stelle auch Sie als Kunden zufrieden. Wir wollen für unsere Strumpf-Marken weiter werben und verkaufen vorzügliche Qualitäten besonders billig. Ueberzeugen Sie sich bei

ERB

Ungefähr 10 Zentner zu verkaufen.
H. O. t. t. e. n. a. u.
Hauptstraße 94. 2408

Noch gut erh. blauer Sander-Kaffenwagen zu verkaufen. Preis 74 Mark. 19. 8. St. r.

2 Fahrräder zu verkaufen, 25 und 30 M. Hauptstraße 14, im Laden. 2410

